

13.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe

Stand: 6.12.2013

Im folgenden Abschnitt sind die im Deutschen Bundestag eingebrachten Entwürfe zur Änderung des Grundgesetzes aufgeführt, die entweder abgelehnt, wegen Ablaufes der Wahlperiode oder aus sonstigen Gründen nicht verabschiedet wurden bzw. nicht in Kraft getreten sind.

Innerhalb der einzelnen Wahlperioden sind die Gesetzentwürfe in der Reihenfolge der Artikelnummerierung der zu ändernden Grundgesetzartikel geordnet.

12. Wahlperiode (1990–1994)

GG-Art.:	Art. 2
Titel:	Gesetz zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und zur Sicherung von Mindeststandards für Frauen zum Schwangerschaftsabbruch
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (Drs. 12/898)
Inhalt:	Verfassungsrechtlicher Schutz der Entscheidungsfreiheit von Frauen beim Schwangerschaftsabbruch.
Letzter Stand:	2. Beratung am 25.6.1992, 99. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (17:633:3)
GG-Art.:	Art. 2
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (Drs. 12/6648)
Inhalt:	Alleinige Entscheidung jeder Frau über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft.
Letzter Stand:	2. Beratung am 26.5.1994, 230. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 2a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a)
Initiative:	Eingebracht von Abgeordneten der SPD, CDU/CSU, FDP, PDS/LL, Bündnis 90/Grüne und fraktionslosen Abgeordneten (Drs. 12/6708)
Inhalt:	Aufforderung zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (344:261:22) wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit
GG-Art.:	Art. 2a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a)
Initiative:	Interfraktionelle Vorlage (in der Fassung des Vermittlungsausschusses) (Drs. 12/8423)
Inhalt:	Aufruf zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn.
Letzter Stand:	Beratung der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses am 6.9.1994, 241. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 2a und 45d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/5695)
Inhalt:	Aufnahme des Datenschutzes (Recht auf informationelle Selbstbestimmung) und des Rechts auf Informationsfreiheit in den Grundrechtskatalog; Schaffung des Amtes eines Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle, Wahl durch den Bundestag.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6)
Initiative:	Eingebracht von der SPD-Fraktion (in der Fassung des Rechtsausschusses) (Drs. 12/8165)
Inhalt:	Achtung von auf Dauer angelegten anderen Lebensgemeinschaften.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (282:324:20)

GG-Art.:	Art. 13, 14 und 73
Titel:	Zweites Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (2. OrgKG)
Initiative:	Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 12/6784)
Inhalt:	Eingriff mit technischen Mitteln in den geschützten Bereich der Wohnung zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten nach Einwilligung eines von der Volksvertretung bestellten Organs und aufgrund gerichtlicher Anordnung; Beschränkung der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie bei Vermögen, die aus schweren Straftaten stammen oder dafür verwendet werden sollen.
Letzter Stand:	2. Beratung am 20.5.1994, 229. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20a Abs. 2)
Initiative:	Eingebracht von der SPD-Fraktion (in der Fassung des Rechtsausschusses) (Drs. 12/8165)
Inhalt:	Tierschutz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (299:313:15)

GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20b)
Initiative:	Interfraktionelle Vorlage (in der Fassung des Rechtsausschusses) (Drs. 12/8165)
Inhalt:	Achtung von Minderheiten.
Letzter Stand:	3. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (322:300:8) wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit

GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20b)
Initiative:	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses (Drs. 12/8423)
Inhalt:	Achtung von Minderheiten durch den Staat.
Letzter Stand:	Beratung am 6.9.1994, 241. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 24
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 Abs. 1 GG)
Initiative:	Bundesratsvorlage (Drs. 12/549)
Inhalt:	Sicherung des Rechts der Länder im Prozess der europäischen Integration, Bindung der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen an die Zustimmung des Bundesrates, Sicherstellung einer wesentlichen Einflussnahme der Länder auf die Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten dieser Einrichtungen nach Maßgabe einer näheren gesetzlichen Regelung.
Letzter Stand:	1. Beratung am 5.12.1991, 64. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG -Art.:	Art. 24
Titel:	... Gesetz zur klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 12/4107)
Inhalt:	Einsatz der Streitkräfte des Bundes bei friedenserhaltenden Maßnahmen aufgrund eines Beschlusses des VN-Sicherheitsrates oder im Rahmen von regionalen Abmachungen im Sinne der VN-Charta, bei friedensherstellenden Maßnahmen aufgrund der Kapitel VII und VIII der VN-Charta sowie in Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung gem. Art. 51 der VN-Charta; Erfordernis der Zustimmung des Bundestages, im Falle der kollektiven Selbstverteidigung mit Zweidrittelmehrheit.
Letzter Stand:	1. Beratung am 15.1.1993, 132. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG -Art.:	Art. 24 und 87a
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 und 87a)
Initiative:	Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 12/2895)
Inhalt:	Einsatz von Angehörigen der Streitkräfte nur für friedenserhaltende Maßnahmen ohne Kampfauftrag im Rahmen der Vereinten Nationen sowie zur Bekämpfung von Umweltschäden, für humanitäre Hilfeleistungen und Maßnahmen der Katastrophenhilfe auf Anforderung der Vereinten Nationen oder betroffener Staaten.
Letzter Stand:	1. Beratung am 22.7.1992, 101. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 24 und 87a
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 und 87a)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (Drs. 12/3055)
Inhalt:	Keine Übertragung von Hoheitsrechten über den militärischen und nichtmilitärischen Einsatz von Streitkräften des Bundes; Einsatz der Streitkräfte des Bundes ausschließlich im Verteidigungsfall nach Art. 115a Abs. 1 GG.
Letzter Stand:	1. Beratung am 22.7.1992, 101. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 38 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (Drs. 12/5127)
Inhalt:	Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Einbeziehung der Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, in das aktive und passive Wahlrecht.
Letzter Stand:	2. Beratung am 20.1.1994, 205. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 54
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes über die Direktwahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/6105)
Inhalt:	Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk, Wählbarkeit bei Wahlrecht zum Bundestag und Vollendung des 40. Lebensjahres, Kandidatur bei Erreichen von 5 v. H. der Stimmen der Bundesversammlung, zweiter Wahlgang bei Nichterreichen einer Stimmenmehrheit für einen Kandidaten.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 75
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 75)
Initiative:	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses (Drs. 12/8423)
Inhalt:	Einschränkung der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich des Hochschulwesens.
Letzter Stand:	Beratung am 6.9.1994, 241. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 82a
Titel:	Gesetz zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/3826)
Inhalt:	Eröffnung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu einer Volksgesetzgebung durch Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene, Befassung des Parlaments mit einer Sachfrage aufgrund einer Initiative von 100 000 Stimmberechtigten Volksbegehren auf Durchführung eines Volksentscheids bei Vorliegen von einer Million Unterschriften, Zustandekommen von Gesetzen durch einfache, bei Verfassungsänderungen durch Zweidrittelmehrheit.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 116
Titel:	Gesetz zur verfassungsrechtlichen Bestimmung des Bürgerbegriffs
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/2088)
Inhalt:	Gewährung der Bürgerrechte an Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, Gleichstellung der Bürger von EG-Mitgliedstaaten mit Bundesbürgern, Wiedergewährung der deutschen Staatsangehörigkeit für in der Zeit des Nationalsozialismus Ausgebürgerte auf Antrag.
Letzter Stand:	1. Beratung am 30.4.1992, 89. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 146
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 146)
Initiative:	Eingebracht von SPD-Fraktion (Drs. 12/656)
Inhalt:	Festlegung des Sitzes von Parlament und Regierung durch Volksentscheid.
Letzter Stand:	2. Beratung am 19.6.1991, 33. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (237:357:4)
GG-Art.:	zahlreiche Art.
Titel:	Gesetz zur Verfassungsreform
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Drs. 12/6686)
Inhalt:	Weiterentwicklung des Grundgesetzes zur neuen deutschen Verfassung, insbesondere unter dem Aspekt der Wahrung des sozialen Friedens und der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen, u. a. Datenschutz, Frauengleichstellung und Diskriminierungsverbote für Homosexuelle und Behinderte im Verfassungsrang, Abschaffung der Wehrpflicht, selbständige Kinderrechte, Recht auf Bildung, Streichung der Weimarer Kirchenverfassung, Recht auf Arbeit und Wohnung, Garantie von Minderheitenrechten, Einrichtung eines ökologischen Rates, Stärkung der Friedensstaatlichkeit, Direktwahl des Bundespräsidenten, Einführung plebiszitärer Elemente und Erwerb der Bürgerrechte für Nicht-Deutsche nach fünfjährigem Aufenthalt.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	zahlreiche Art.
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 12/6323)
Inhalt:	Über den von der Gemeinsamen Verfassungskommission vorgeschlagenen Rahmen hinausgehende Änderung des Grundgesetzes: Präambel betr. Willen zur Gerechtigkeit und Vollendung der inneren Einheit, Art. 2a (neu) betr. Datenschutz, Art. 3 betr. Behinderte und sexuelle Identität, Art. 4 betr. Kriegsdienstverweigerung, Art. 5 betr. Informationszugangsrecht, Art. 6 betr. Lebensgemeinschaften und Schutz Schwangerer sowie Grundrechte für Kinder, Art. 12a betr. Ziviler Ersatzdienst, Art. 20a (neu) betr. Förderung von Minderheiten, Art. 20b (neu) betr. Beschäftigungsförderung, Art. 20c (neu) betr. Schaffung von Wohnraum, Art. 20d (neu) betr. Gewährleistung der sozialen Sicherheit, Art. 20e (neu) betr. Bildungsförderung, Art. 20f (neu) betr. Tierschutz, Art. 26 betr. Friedenspolitik und Rüstungsexporte sowie Verbot von ABC-Waffen, Art. 45c betr. Massenpetitionen, Art. 45d (neu) betr. Bundesbeauftragter für Datenschutz, Art. 76 betr. Einbringung von Gesetzen durch Volksinitiative sowie Art. 82a (neu) betr. Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.1994, 238. Sitzung: Ablehnung jedes einzelnen Artikels in namentlicher Abstimmung

13. Wahlperiode (1994–1998)

GG-Art.:	Art. 2
Titel:	Gesetz zur Sicherung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen – Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/397)
Inhalt:	Verankerung des Selbstentscheidungsrechts der Frau über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft in Art. 2 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 29.6.1995, 47. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (44:583:21)
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 13/7104)
Inhalt:	Stärkung der Kinderrechte, insbesondere Recht auf Entfaltung ihrer Grundrechte und Verpflichtung der Eltern zur gewaltfreien Erziehung.
Letzter Stand:	1. Beratung am 13.3.1997, 163. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/8549)
Inhalt:	Aufnahme von Rechten für Kinder und Jugendliche, die deren Stellung als Grundrechtsträger und eigene Rechtspersönlichkeit sichern.
Letzter Stand:	Bundestag – Gesetzentwurf
GG-Art.:	Art. 12
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/8573)
Inhalt:	Einfügung eines Rechts auf berufliche Ausbildung.
Letzter Stand:	1. Beratung am 9.10.1997, 197. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/8678)
Inhalt:	Aufnahme des Tierschutzes einschließlich der Unterbindung überflüssiger Tierversuche ins Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 13.11.1997, 203. Sitzung: Ausschussüberweisung 25.11.1997, 205. Sitzung: nachträgliche Überweisung an Innenausschuss
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/8249)
Inhalt:	Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung.
Letzter Stand:	1. Beratung am 13.11.1997, 203. Sitzung: Ausschussüberweisung 25.11.1997, 205. Sitzung: nachträgliche Überweisung an Innenausschuss.

GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (Drs. 13/8597)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 13.11.1997, 203. Sitzung: Ausschussüberweisung; 25.11.1997, 205. Sitzung: nachträgliche Überweisung an InnenA
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel „Tierschutz“)
Initiative:	Bundratsvorlage (Drs. 13/9723)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung 5.3.1998, 222. Sitzung: Ausschussüberweisung; 18.6.1998, 241. Sitzung: Beratung
GG-Art.:	Art. 26
Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 26)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/2392)
Inhalt:	Umfassender Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Herstellung, Besitz, Stationierung und Verwendung von ABC-Waffen sowie auf Mitsprache oder Mitverfügung über solche Waffen.
Letzter Stand:	1. Beratung am 29.9.1995, 59. Sitzung: Ausschussüberweisung; Ablehnungsvorschlag auf Drs. 13/3933
GG-Art.:	Art. 28, 106
Titel:	... Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmensteuerreform
Initiative:	Bundratsvorlage (Drs. 13/8348)
Inhalt:	Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer ab 1.1.1998, Aussetzung der Erhebung der Gewerkekapitalsteuer in den neuen Ländern für 1997, Beteiligung der Gemeinden, Sicherung der Gewerbeertragssteuer sowie der finanziellen Eigenständigkeit der Gemeinden.
Letzter Stand:	Einbringung beim Bundestag in geänderter Form beschlossen 4.7.1997, 714. Sitzung des BR
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drs. 13/8340)
Inhalt:	Absicherung einer mit Hebesatzrecht versehenen wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle für Gemeinden (im Zusammenhang mit dem Wegfall der Gewerkekapitalsteuer).
Letzter Stand:	2. Beratung am 11.09.1997, 189. Sitzung: Drs. 13/8340 verabschiedet in der Fassung 13/8488 (vgl. dazu Kapitel 13.2)

GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/9301)
Inhalt:	Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittstaaten bei Kreistags- und Gemeindewahlen.
Letzter Stand:	1. Beratung am 18.6.1998, 241. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer)
Initiative:	Bundratsvorlage (Drs. 13/9338)
Inhalt:	Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittstaaten bei Kreistags- und Gemeindewahlen nach Maßgabe des Landesrechts.
Letzter Stand:	1. Beratung am 18.6.1998, 241. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 33
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 33 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/4730)
Inhalt:	Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Zeit, gesetzliche Regelung des Beamtenverhältnisses ohne Berücksichtigung der „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“, insbesondere zum Abbau der Unterschiede zwischen Beamtenrecht und Tarifbereich.
Letzter Stand:	1. Beratung am 27.6.1996, 116. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 38 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/3519)
Inhalt:	Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre, Wahlrecht für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, passives Wahlrecht bei Eintritt der Volljährigkeit.
Letzter Stand:	1. Beratung am 31.10.1997, 201. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 45c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/3571)
Inhalt:	Erweiterung der Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages auf „Bitten“.
Letzter Stand:	1. Beratung am 21.3.1997, 167. Sitzung: Ausschussüberweisung; Ablehnungsvorschlag auf Drs. 13/11220

GG-Art.:	Art. 48
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Drs. 13/1824)
Inhalt:	Ausfüllung des Begriffs der „Angemessenheit“ der Abgeordnetenentschädigung, Ausrichtung an den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht, Festsetzung der Abgeordneten- und Altersentschädigung sowie der Amtsausstattung durch Bundesgesetz; ersatzlose Streichung des Rechts auf freie Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel.
Letzter Stand:	Zustimmungsversagung des Bundesrates am 13.10.1995, 689. Sitzung
GG-Art.:	Art. 59, 76, 77, 79 und 93 sowie Einfügung eines Art. 82a
Titel:	Gesetz zur Einführung von Volksantrag, Volksbegehren und Volksabstimmung im Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/10261)
Inhalt:	Einführung von Volksabstimmung, Volksantrag und Volksbegehren auf Bundesebene, insbesondere zur Ermöglichung einer Gesetzgebung durch das Volk, Quorum für die möglichen Initiativen; Bundesabstimmungsgesetz als Art. 2 der Vorlage; Änderung § 13 Bundesverfassungsgerichtsgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 24.6.1998, 244. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der CDU/CSU- und FDP-Fraktion (Drs. 13/900) und textidentische Regierungsvorlage (Drs. 13/1685)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen als Ausgleich für die durch eine Gewerbesteuerreform entstehenden Steuerausfälle.
Letzter Stand:	3. Beratung am 12.5.1995, 36. Sitzung: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (336:316:0) wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit
GG-Art.:	mehrere Art.
Titel:	Gesetz gegen Rassismus und Diskriminierung ausländischer Bürgerinnen und Bürger (Antirassismusetz)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/1466)
Inhalt:	Stärkung der verfassungsrechtlichen Stellung und Befugnisse der/des Ausländerbeauftragten; Wahl der/des Ausländerbeauftragten.
Letzter Stand:	2. Beratung am 27.2.1997, 160. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	mehrere Art.
Titel:	Gesetz zur Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch unmittelbare Demokratie
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/9280)
Inhalt:	Verfassungsrechtliche Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden, Änderung der Art. 17, 76, 79 und 93, Einfügung der Art. 3a und 78a sowie Aufhebung von Art. 45b Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 5.2.1998, 216. Sitzung: Ausschussüberweisung; Ablehnungsvorschlag auf Drs. 13/11222

14. Wahlperiode (1998–2002)

GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6, Kinderrechte)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/7818)
Inhalt:	Änderung Art. 6 Grundgesetz: Recht der Kinder auf Entwicklung und Entfaltung, Pflicht der Eltern zu Pflege und Erziehung der Kinder, Förderung kindgerechter Lebensbedingungen durch die staatliche Gemeinschaft.
Letzter Stand:	1. Beratung am 1.2.2002, 216. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 12a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (14/1728 (neu))
Inhalt:	Beseitigung des Verbots für Frauen, Dienst an der Waffe zu leisten.
Letzter Stand:	1. Beratung am 11.11.1999, 69. Sitzung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung (Drs. 14/4420); für erledigt erklärt am 27.10.2000
GG-Art.:	Art. 15
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 15)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 14/6962)
Inhalt:	Aufhebung von Art. 15 Grundgesetz (Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln).
Letzter Stand:	Keine Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 20, 76, 79, 93
Titel:	Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (dreistufige Volksgesetzgebung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/2151)
Inhalt:	Einführung plebiszitärer Elemente zur Entwicklung einer Teilhabedemokratie, verfassungsrechtliche Verankerung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als dreistufige Volksgesetzgebung; Änderung der Artikel 20, 76, 79 und 93 Grundgesetz, Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als Art. 2 der Vorlage.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.2.2000, 87. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 14/207)
Inhalt:	Änderung von Art. 20a Grundgesetz: Verankerung des Tierschutzes als Staatszielbestimmung im Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.5.2002, 237. Sitzung: für erledigt erklärt

GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	...Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/279)
Inhalt:	Ergänzung von Art. 20a Grundgesetz: Klarstellung, dass der Tierschutz zu den grundgesetzlich geschützten Gütern gehört.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.5.2002, 237. Sitzung: für erledigt erklärt
GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/8360)
Inhalt:	Änderung von Art. 20a Grundgesetz: Ergänzung des Staatsziels „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ um den Tierschutz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.5.2002, 237. Sitzung: für erledigt erklärt
GG-Art.:	Art. 20a, 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/282)
Inhalt:	Einfügung eines Art. 20b Grundgesetz: Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel, Änderungen aufgrund der Ausschussempfehlung: Erweiterung Art. 20a Grundgesetz um die Wörter „und die Tiere“.
Letzter Stand:	2. und 3. Beratung am 13.4.2000, 99. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (391:205:6) (notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht)
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	...Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Bundratsvorlage (Drs. 14/758)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.5.2002, 237. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 26
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 26 Abs. 1, Antifaschistische Klausel)
Initiative:	Eingebracht von Abgeordneten (PDS) und der Fraktion der PDS (Drs. 14/5127)
Inhalt:	Änderung Art. 26 Grundgesetz: Einführung einer Klausel, wonach Handlungen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges oder zur Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts verfassungswidrig und strafbar sind.
Letzter Stand:	1. Beratung am 16.2.2001, 153. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Demokratisierung des Wahlrechts
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/1126)
Inhalt:	Änderung Art. 38 Abs. 2 Grundgesetz: Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre, Wahlrecht für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.11.2000, 134. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 45c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/5763)
Inhalt:	Änderung Art. 45c Grundgesetz: Ermächtigung, die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages durch Gesetz zu regeln.
Letzter Stand:	2. Beratung am 13.6.2002, 242. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 48
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 48 Abs. 3)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 14/4127)
Inhalt:	Ergänzung von Art. 48 Abs. 3 Grundgesetz: Festlegung der Höhe der Abgeordnetenentschädigung von einer unabhängigen, vom Bundespräsidenten einzusetzenden Sachverständigenkommission.
Letzter Stand:	1. Beratung am 26.10.2000, 127. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 76, 79, 82a bis 82d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/8503)
Inhalt:	Änderung der Artikel 76 und 79 sowie Einfügung der Artikel 82a bis 82d Grundgesetz: Einführung direkter Bürgerbeteiligungsrechte auf Bundesebene in Form von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als dreistufiges Verfahren der Volksgesetzgebung.
Letzter Stand:	2. und 3. Beratung am 7.6.2002, 240. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung – die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht (348:199:2)

15. Wahlperiode (2002–2005)

GG-Art.:	Art. 23
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung
Initiative:	Fraktion der FDP (Drs. 15/1112)
Inhalt:	Einführung eines Volksentscheids zur Annahme des Vertrags einer europäischen Verfassung (Annahme bei einer Mehrheit von 25 v. H. aller wahlberechtigten Bürger).
Letzter Stand:	2. Beratung am 6.11.2003, 72. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (50:528:6)
GG-Art.:	Art. 23
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 15/2998)
Inhalt:	Einführung eines Volksentscheids zur Annahme des Vertrags einer europäischen Verfassung (Annahme bei einer Mehrheit von 25 v. H. aller wahlberechtigten Bürger).
Letzter Stand:	2. Beratung am 21.4.2005, 172. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 28, 31, 84
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28, 31 und 84)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 15/5357)
Inhalt:	Absicherung der Kommunen vor einem Aufgabendurchgriff des Bundes durch Einführung eines Konnexitätsprinzips, Verminderung zustimmungsbedürftiger Gesetzgebungsverfahren durch grundsätzliche Einräumung landesgesetzlicher Regelungen in Abweichung von bundesgesetzlichen Vorgaben.
Letzter Stand:	1. Beratung am 3.6.2006, 179. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 28, 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Kommunale Finanzreform)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (15/1247)
Inhalt:	Neuordnung der Finanzausstattung der Gemeinden durch Einführung einer Kommunalsteuer in Form eines einheitlichen prozentualen Zuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, der von der Gemeinde eigenständig festgelegt wird, wesentliche Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.10.2003, 67. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung – die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht (46:552:0)
GG-Art.:	Art. 28, 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gemeindefinanzreform)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 15/3232)
Inhalt:	Konjunkturunabhängige Finanzgrundlage der Gemeinden durch Abschaffung der Gewerbesteuer, wesentliche Erhöhung des Mehrwertsteueranteils der Gemeinden und Umwandlung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer in eine Kommunalsteuer, Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 16.12.2004, 148. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 35, 87a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 35 und 87a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der CDU/CSU (15/2649)
Inhalt:	Einsatz der Bundeswehr im Falle terroristischer Bedrohung zum Schutz ziviler Objekte auf Anforderung eines Landes, wenn Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht mehr ausreichen, Klarstellung, dass Amtshilfe durch die Bundeswehr nicht nur bei eingetretenen schweren Unglücksfällen oder Katastrophen zulässig ist, sondern bereits im Bedrohungsfall, Klarstellung, dass Streitkräfte zur Abwehr von Gefahren aus der Luft und von See her auch dann eingesetzt werden dürfen, wenn dies zur wirksamen Bekämpfung solcher Gefahren nötig ist.
Letzter Stand:	2. Beratung am 18.6.2004, 115. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 48
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 48 Abs. 3)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 15/751)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine vom Bundespräsidenten zu berufende, unabhängige Sachverständigenkommission zur Ermittlung und Festsetzung der angemessenen Abgeordnetenentschädigung.
Letzter Stand:	2. Beratung am 12.11.2004, 139. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 92, 108
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 92 und 108)
Initiative:	Eingebracht vom Bundesrat (Drs. 15/4108)
Inhalt:	Öffnungsklausel zur Ermöglichung einer Zusammenlegung von Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten auf Landesebene.
Letzter Stand:	1. Beratung am 16.12.2004, 148. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 105, 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 105 und 106)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 15/5358)
Inhalt:	Ertragshoheit der Länder für die Grundsteuer, Abschaffung der seit 1995 nicht mehr erhobenen Vermögensteuer, aufkommensneutraler Tausch der Kraftfahrzeugsteuer und der Versicherungssteuer zwischen Bund und Ländern; Änderung der Art. 105 und 106 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 3.6.2005, 179. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 106b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einfügung eines Artikels 106b)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 15/1527)
Inhalt:	Aufgabenspezifische Finanzierungsregelung (Ausgleichspflicht des Bundes) im Zusammenhang mit der Einführung eines einheitlichen Systems der Erwerbsintegration von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern in kommunaler Trägerschaft.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.10.2003, 67. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 106b
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht vom Bundesrat (Drs. 15/2136)
Inhalt:	Aufgabenspezifische Finanzierungsregelung (Ausgleichspflicht des Bundes) im Zusammenhang mit der Einführung eines einheitlichen Systems der Erwerbsintegration von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern in kommunaler Trägerschaft.
Letzter Stand:	1. Beratung am 15.1.2004, 86. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 109a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Aufnahme von Stabilitätskriterien in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 15/3721)
Inhalt:	Verpflichtung von Bund, Ländern und Gemeinden zur Begrenzung ihrer Defizite auf unter drei v. H. sowie zur Begrenzung des öffentlichen Schuldenstands auf unter 60 v. H. des Bruttoinlandsprodukts (Kriterien des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts).
Letzter Stand:	2. Beratung am 16.6.2005, 181. Sitzung: Ablehnung

16. Wahlperiode (2005–2009)

GG-Art.:	Art. 2a, 5a, 13a, 19
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a, 5a, 13a, 19)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/9607)
Inhalt:	Einführung von Grundrechten im Bereich der neuen Technologien, Gewährleistung von Selbstbestimmung über persönliche Daten, freier Zugang zu staatlichen Informationssammlungen, Schutz informationstechnischer Systeme, absoluter Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung; Einfügung Art. 2a, 5a und 13a, Änderung Art. 19 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 29.5.2009, 225. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 3, 6, 9, 16a und 3a bis 3e
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 16/13791)
Inhalt:	Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips durch Aufnahme sozialer Grundrechte: Ausweitung des Diskriminierungsverbots auf Alter, sexuelle Identität und genetische Disposition, Einfügung der Grundrechte auf Arbeit, bedarfsorientierte soziale Sicherung, Wohnung und Versorgung mit Wasser und Energie, Achtung und Schutz der Gesundheit einschließlich Nutzung der Gesundheitsinfrastruktur sowie Bildung; Kindergrundrechte; einschränkungsfreies Streikrecht sowie Wiederherstellung des ursprünglichen Grundrechtes auf Asyl unter Anlehnung an die Genfer Flüchtlingskonvention; Einfügung Art. 3a bis 3e sowie Änderung Art. 3, 6, 9 und Neufassung Art. 16a Grundgesetz.
Letzter Stand:	Nicht beraten
GG-Art.:	Art. 3, 15, 19 und 109, 20b und 20c
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 16/12375)
Inhalt:	Verbesserung der Klarheit und Erkennbarkeit des Sozialstaatsprinzips durch Konkretisierung von Mindestinhalten und weiteren Gehalten der sozialstaatlichen Ordnung; Verpflichtung zu Gerechtigkeit und Solidarität sowie zum Ausgleich sozialer Gegensätze und Nachteile, Diskriminierungsverbot betr. "soziale Stellung", Ausweitung der Vergesellschaftungsmöglichkeit auf Banken und Versicherungen, Sozialisierungsgebote und Privatisierungsverbote im Bereich Daseinsvorsorge, weitere Regelungen im Bereich Privatisierung, Rechtsschutz, Vorgaben für die Haushaltsführung von Bund und Ländern; Änderung der Präambel sowie der Artikel 3, 15, 19 und 109, Einfügung Artikel 20b und 20c sowie Folgeänderungen in sechs weiteren Artikeln Grundgesetz.
Letzter Stand:	Nicht beraten
GG-Art.:	Art. 7
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 7 Abs. 5)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 16/10235)
Inhalt:	Abschaffung der Beschränkungen zur Gründung privater Grundschulen, Aufhebung der Ungleichbehandlung gegenüber anderen Schulen in freier Trägerschaft oder staatlichen Schulen; Aufhebung Artikel 7 Abs. 5 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 31.1.2009, 203. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 15
Titel:	Gesetz zur Abschaffung der Sozialisierung
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 16/3301)
Inhalt:	Abschaffung der in Art. 15 Grundgesetz geregelten Möglichkeit der Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum; Streichung Artikel 15 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 28.5.2009, 224. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Kultur)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 16/387)
Inhalt:	Einfügung eines Art. 20b Grundgesetz: Schutz und Förderung der Kultur als Staatszielbestimmung.
Letzter Stand:	2. Beratung am 19.6.2009, 228. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 20b, 109
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zur Verankerung der Generationengerechtigkeit (Generationengerechtigkeitsgesetz)
Initiative:	Eingebracht von mehreren Abgeordneten verschiedener Fraktionen (Drs. 16/3399)
Inhalt:	Verankerung der Generationengerechtigkeit als Teil des Nachhaltigkeitskonzeptes im Grundgesetz, Berücksichtigung der Generationengerechtigkeit beim politischen Handeln, kein Verschieben von heutigen Lasten, z.B. bei den Schulden der öffentlichen Haushalte oder den Kosten der Sozialversicherungen, in die Zukunft, schonender Umgang mit Ressourcen, insbesondere in der Umwelt- und Energiepolitik, keine Verschiebung von Zukunftsinvestitionen, besonders bei Bildung und Forschung; Einfügung Artikel 20b und Änderung Artikel 109 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 11.10.2007, 118. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 23
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 16/7375)
Inhalt:	Einführung von Volksentscheiden über Änderungen der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union; Änderung Art. 23 GG.
Letzter Stand:	2. Beratung am 24.4.2008, 157. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (53:515:4)

GG-Art.:	Art. 23, 45, 93
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 16/13928)
Inhalt:	Neuausrichtung der Beteiligungsrechte der nationalen Gesetzgebungsorgane am europäischen Integrationsprozess; Änderung Art. 23, 45 und 93 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 8.9.2009, 233. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Kommunales Ausländerwahlrecht)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/6628)
Inhalt:	Änderung von Art. 28 Grundgesetz: Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittländern bei Kreistags- und Gemeindewahlen nach Maßgabe des Landesrechts.
Letzter Stand:	2. Beratung am 28.5.2009, 224. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (88:437:6)

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 38)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/12344)
Inhalt:	Herabsetzung des Wahlalters für das aktive Wahlrecht auf das vollendete 16. Lebensjahr; Änderung Art. 38 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 2.7.2009, 230. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 45c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 16/10397)
Inhalt:	Allgemeinere Neufassung der Gesetzgebungsermächtigung betr. Petitionsausschuss, Aufhebung der Beschränkung auf Beschwerden; Änderung Artikel 45c Abs. 2 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 12.2.2009, 205. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 48
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 48 Abs. 3)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 16/9055)
Inhalt:	Schaffung der rechtlichen Grundlage für eine vom Bundespräsidenten zu berufene, unabhängige Sachverständigenkommission zur Ermittlung und Festsetzung der angemessenen Abgeordnetenentschädigung; Ergänzung Art. 48 Abs. 3 GG.
Letzter Stand:	1. Beratung am 9.5.2008, 161. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 76, 77, 78, 79
Titel:	Gesetz zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 16/474)
Inhalt:	Änderung Art. 76 bis 79 Grundgesetz: Einführung direkter Bürgerbeteiligung auf Bundesebene durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.
Letzter Stand:	2. Beratung am 23.4.2009, 217. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 76, 77, 78, 79
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/680)
Inhalt:	Änderung Art. 76 bis 79 Grundgesetz: Einführung unmittelbarer Bürgerbeteiligung auf Bundesebene durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.
Letzter Stand:	2. Beratung am 23.4.2009, 217. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 76, 77, 79, 82, 93, 82a, 82b, 82c, 82d
Titel:	Gesetz zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 16/1411)
Inhalt:	Einführung direkter Einflussmöglichkeiten der Bürger auf politische Entscheidungen durch Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung; Änderung der Art. 76, 77, 79, 82 und 93 sowie Einfügung der Art. 82a bis 82d Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 23.4.2009, 217. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 87d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87d)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU und SPD (Drs. 16/12280)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die deutsche Beteiligung an der Herstellung eines Einheitlichen Europäischen Luftraumes: Zuordnung der Luftverkehrsverwaltung als Hoheitsaufgabe allgemein zur Bundesverwaltung, Öffnungsklausel für entgegenstehendes EU-Recht betr. Zulässigkeit mittelbarer Bundesverwaltung und Beleihung Privater; Möglichkeit einer Ausgliederung von Unterstützungsdiensten der Flugsicherung aus der Hoheitsverwaltung des Bundes; Änderung Art. 87d Grundgesetz.
Letzter Stand:	Zusammenführung mit Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drs. 16/13105)
GG-Art.:	Art. 92, 108
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 92 und 108)
Initiative:	Eingebracht vom Bundesrat (BR-Drs. 46/06, Drs. 16/1034)
Inhalt:	Änderung der Art. 92 und 108 Grundgesetz: Öffnungsklausel zur Ermöglichung einer Zusammenlegung von Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten auf Landesebene.
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten
GG-Art.:	Art. 93
Titel:	Gesetz zur Sicherung der Oppositionsrechte (Änderung des Artikels 93 Abs. 1 des Grundgesetzes)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 16/126)
Inhalt:	Änderung Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes, Recht auf Beantragung einer abstrakten Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht durch ein Viertel der Mitglieder des Bundestages, entsprechende Änderungen in den §§ 13 Nr. 6 und 76 Abs. 1 Bundesverfassungsgerichtsgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 2.3.2007, 83. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 98a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 98a)
Initiative:	Eingebracht vom Bundesrat (BR-Drs. 149/07, Drs. 16/5724)
Inhalt:	Reform des Gerichtsvollzieherwesens zur Effektivierung der Zwangsvollstreckung, Schaffung einer eindeutigen verfassungsrechtlichen Grundlage zur Übertragung von Aufgaben der beamteten Gerichtsvollzieher auf Beliehene; Einfügung Art. 98a Grundgesetz.
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten

GG-Art.:	Art. 98a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 98a)
Initiative:	Eingebracht vom Bundesrat (BR-Drs. 108/08, Drs. 16/9022)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer Übertragung von Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare als justiznahe Amtsträger durch einen Ausnahmetatbestand zum Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG, Verbleib der rechtsprechenden Gewalt bei Richtern (Art. 92 GG); Einfügung Art. 98a Grundgesetz.
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten
GG-Art.:	Art. 109, 115
Titel:	Gesetz zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/5955)
Inhalt:	Änderung Art. 109 und 115 Grundgesetz: Neuausrichtung der institutionellen Rahmenbedingungen, insbes. Koppelung der erlaubten Ausgaben an die Entwicklung der Einnahmen zur Schaffung eines über einen Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts (Modell der Schweizer Schuldenbremse), darüber hinausgehende Möglichkeit der Kreditfinanzierung von Nettoinvestitionen und Ausgaben in besonderen Ausnahmefällen (insbes. schwere Naturkatastrophen und Unglücksfälle) bei Zweidrittelmehrheit im Bundestag.
Letzter Stand:	2. Beratung am 13.2.2009, 206. Sitzung: Ablehnung

17. Wahlperiode (2009–2013)

GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/88)
Inhalt:	Sicherung des einfachgesetzlichen Diskriminierungsverbotes betr. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen vor dem einfachen Gesetzgeber durch Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals der sexuellen Identität in das Grundgesetz; Änderung Art. 3 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.2011, 117. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion SPD (Drs. 17/254)
Inhalt:	Sicherung des einfachgesetzlichen Diskriminierungsverbotes betr. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen vor dem einfachen Gesetzgeber durch Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals der sexuellen Identität in das Grundgesetz; Änderung Art. 3 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.2011, 117. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 17/472)
Inhalt:	Sicherung des einfachgesetzlichen Diskriminierungsverbotes betr. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen vor dem einfachen Gesetzgeber durch Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals der sexuellen Identität in das Grundgesetz; Änderung Art. 3 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.2011, 117. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 5
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 5 – Informationszugangsrecht)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/9724)
Inhalt:	Stärkung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaates durch grundgesetzliche Schaffung eines Grundrechtes auf Informationszugang; Änderung Art. 5 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 19.4.2013, 235. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur grundgesetzlichen Verankerung von Kinderrechten)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 17/10118)
Inhalt:	Klarstellung betr. Kinder und Jugendliche als selbständige Träger von Grundrechten: explizite Feststellung der Rechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung; Änderung Art. 6 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 30.11.2012, 212. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Ergänzung des Artikels 6 zur Klarstellung der Kinderrechte)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/11650)
Inhalt:	Hervorhebung der Rechtsstellung des Kindes und Betonung seiner subjektiven Rechte, Achtung von Persönlichkeit und wachsender Selbständigkeit in der elterlichen Pflege und Erziehung, Schutz und Förderaufträge an den Staat; Änderung Art. 6 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 30.11.2012, 212. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (Drs. 17/13223)
Inhalt:	Stärkung der Kinderrechte durch Festschreibung des Rechtes auf Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit und des Schutzes vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung, Konkretisierung betr. "Kindeswohl", altersangemessene Beteiligung in eigenen Angelegenheiten, staatliche Schutzpflichten und Förderauftrag an die Gemeinschaft; redaktionelle Änderung (nichtehelich statt unehelich); Änderung Art. 6 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 25.4.2013, 237. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Aufnahme von Kultur und Sport ins Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (Drs. 17/10644)
Inhalt:	Aufnahme von Schutz und Förderung von Kultur und Sport als Staatszielbestimmung; Änderung Art. 20a Grundgesetz.
Letzter Stand:	Beratung am 7.6.2013, 244. Sitzung: Beratung über Bericht gemäß 62 Abs. 2 GOBT

GG-Art.:	Art. 20a, 143e
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Absicherung des Wiederausstiegs aus der Atomenergie in Artikel 20a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/6302)
Inhalt:	Absicherung des nach der Atomkatastrophe von Fukushima beschlossenen Atomausstiegs bis 2022 durch Konkretisierung des verfassungsrechtlichen Gebots zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; Änderung Art. 20a und Einfügung Art. 143e Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 30.6.2011, 117. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 20b, 26, 73, 87c
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur grundgesetzlichen Verankerung des Ausstiegs aus der Atomenergie)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 17/5474)
Inhalt:	Erklärung der Verfassungswidrigkeit der Atomenergieerzeugung auf Grund des spätestens nach der Kernschmelze im japanischen Fukushima nicht mehr hinnehmbaren Restrisikos, Beendigung des Betriebs bestehender sowie strafbewehrtes Verbot neuer kerntechnischer Anlagen, ausdrückliches Verbot der militärischen Nutzung; Einfügung Art. 20b sowie Änderung Art. 26, 73 und 87c Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 30.6.2011, 117. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (71:461:67)

GG-Art.:	Art. 23
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Einführung von Volksabstimmungen bei Neufassung oder Änderungen der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union
Initiative:	Eingebracht durch die Fraktion DIE LINKE. (Drs 17/11371)
Inhalt:	Erfordernis einer Volksabstimmung für Verträge zur Änderung des europäischen Primärrechtes oder vergleichbarer Verträge, Bindungswirkung, Wahlberechtigte und Erfolgsquorum, Einzelregelungen durch Bundesgesetz; Änderung Art. 23 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 18.4.2013, 234. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 28
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 Absatz 1)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (Drs. 17/1047)
Inhalt:	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisen und Gemeinden für EU-Bürger nach EU-Recht sowie für Ausländer aus Drittstaaten nach Maßgabe des Landesrechts; Änderung Art. 28 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 21.2.2013, 222. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 Absatz 1 – Kommunales Ausländerwahlrecht)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1150)
Inhalt:	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisen und Gemeinden für EU-Bürger nach EU-Recht sowie für Ausländer aus Drittstaaten nach Maßgabe des Landesrechts; Änderung Art. 28 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 21.2.2013, 222. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 35, 87a
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 35 und 87a)
Initiative:	Eingebracht durch die Fraktion DIE LINKE. (Drs 17/11591)
Inhalt:	Unterbindung möglicher bewaffneter Einsätze von Streitkräften gegen die eigenen Staatsbürger, Klarstellung betr. Amtshilfe im Katastrophenschutz und bei Unglücksfällen durch Verbot des Einsatzes bewaffneter Soldaten sowie der Verwendung militärischer Kampfmittel; Änderung Art. 35 und 87a Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 15.3.2013, 229. Sitzung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und zur Reformierung des Wahlgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 17/5896)
Inhalt:	Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl: Abschaffung der Überhangmandate durch Anrechnung der Direktmandate auf das Zweitstimmenergebnis bereits auf der Bundesebene bei der sog. Oberverteilung, notwendigenfalls Zuerkennung von Überhangmandaten an Parteien mit nur einem Landesverband bei Anhebung der Gesamtmandatszähl zum vollständigen Ausgleich dieser Überhangmandate im Verhältnis der Parteien zueinander durch Ausgleichsmandate; Einführung einer verfassungsgerichtlichen Überprüfbarkeit der Entscheidungen des Bundeswahlausschusses, Abschaffung der Fünfprozentklausel, Ausweitung des aktiven Wahlrechtes auf seit 5 Jahren in Deutschland lebende Ausländer bei allgemeiner Absenkung des Mindestwahlalters auf 16 Jahre, Aufhebung der Regelungen betr. Verlust der Amtsfähigkeit sowie des aktiven und passiven Wahlrechtes, barrierefreier Zugang zu Wahlräumen, Verbot eines Einsatzes von Wahlcomputern; Änderung Art. 38 Grundgesetz, Änderung einzelner §§, Neufassung §§ 4, 6, 7 und 53, Einfügung § 7a sowie Aufhebung §§ 29 und 35 Bundeswahlgesetz sowie Änderung und Aufhebung einzelner §§ in weiteren neun Gesetzen.
Letzter Stand:	2. Beratung am 29.9.2011, 130. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 38)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/13238)
Inhalt:	Einbeziehung junger Menschen in den politischen Entscheidungsprozess durch Absenkung der Altersgrenze betr. aktives Wahlrecht zum Deutschen Bundestag auf Vollendung des 16. Lebensjahres; Änderung Art. 38 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 27.6.2013, 250. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 74, 92, 95, 96, 97, 98
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Herstellung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs 17/11701)
Inhalt:	Verfassungsrechtliche Umsetzung der umfassenden Reform der Justizstrukturen zur Herstellung einer institutionellen Unabhängigkeit: konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis, Überführung der Staatsanwaltschaften aus der Exekutive in die Justiz, Grundsätze der Zuständigkeit und Rechtsstellung von Richtern und Staatsanwälten in Bund und Ländern, Einheitlichkeit der Ämter von Richtern und Staatsanwälten, Berufung durch Richterwahlausschüsse, Regelungen betr. binnendemokratische Selbstverwaltung; Abschaffung der Wehrstrafsenate für den Verteidigungsfall; Änderung Art. 74, 95, 96 und 97 sowie Neufassung Art. 92 und 98 Grundgesetz
Letzter Stand:	2. Beratung am 27.6.2013, 250. Sitzung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 76, 77, 79, 82a bis 82d
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 17/1199)
Inhalt:	Einführung direkter Einflussmöglichkeiten der Bürger auf politische Entscheidungen durch Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung; Änderung Art. 76, 77 und 79 sowie Einfügung Art. 82a bis 82d Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 12.11.2010, 72. Sitzung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (61:400:63)

GG-Art.:	Art. 76, 77, 78, 79, 93
Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes um Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid und Referendum
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (Drs. 17/13873)
Inhalt:	Einführung unmittelbarer Bürgerbeteiligung auf Bundesebene durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid sowie Referendum zur Aufhebung eines Bundesgesetzes und Parlamentsreferendum; Zulässigkeit von Verfassungsänderungen, Rechtsschutz beim BVerfG; Umsetzung und Änderung Art. 78 alt als Art. 77 Abs. 5, Einfügung Art. 78 neu sowie Änderung Art. 76, 77, 79 und 93 Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 14.6.2013, 247. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 86a, 125d
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 86a und 125d)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (Drs. 17/182)
Inhalt:	Neuregelung der Betreuungszuständigkeiten auf dem Gebiete der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Zulässigkeit gemeinsamer Einrichtungen von Bund und Ländern bzw. Gemeinden als Anstalten des öffentlichen Rechts durch Einführung einer sog. Mischverwaltung zur Aufrechterhaltung der Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand auch über den 31. Dezember 2010 hinaus sowie Entfristung der Aufgabenwahrnehmung durch die am 31. Dezember 2008 bestehenden zugelassenen kommunalen Träger (Optionskommunen), Kostenübernahme des Bundes; Einfügung Art. 86a und 125d Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 17.12.2009, 12. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 87g, 125d
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Ausführung von Bundesgesetzen auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Artikel 87g und 125d)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/206)
Inhalt:	Neuregelung der Betreuungszuständigkeiten auf dem Gebiete der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Zulässigkeit gemeinsamer Einrichtungen von Bund und Ländern bzw. Gemeinden als Anstalten des öffentlichen Rechts durch Einführung einer sog. Mischverwaltung zur Aufrechterhaltung der Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand auch über den 31. Dezember 2010 hinaus sowie Entfristung der Aufgabenwahrnehmung durch zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen) unter Kostenträgerschaft des Bundes; Einfügung Art. 87g und 125d Grundgesetz.
Letzter Stand:	60. Sitzung am 17.9.2010: Rücknahme

GG-Art.:	Art. 91b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b)
Initiative:	Eingebracht durch die Bundesregierung (Drs. 17/10956)
Inhalt:	Erweiterung der verfassungsrechtlichen Möglichkeit von Bund und Ländern zur Kooperation im Wissenschaftsbereich im Rahmen einer Gemeinschaftsaufgabe, Ermöglichung einer langfristigen Förderung von Forschungseinrichtungen mit überregionaler Bedeutung unabhängig von ihrer institutionellen Anbindung an eine Hochschule oder an eine außeruniversitäre Einrichtung; Änderung Art. 91b.
Letzter Stand:	1. Beratung am 18.10.2012, 198. Sitzung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 91e
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD (Drs. 17/1554)
Inhalt:	Neuregelung der Betreuungszuständigkeit auf dem Gebiete der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Zusammenwirken von Bund und Ländern bzw. Gemeinden in gemeinsamen Einrichtungen als sog. Mischverwaltung zur Aufrechterhaltung der Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand auch über den 31. Dezember 2010 hinaus sowie alleinige Aufgabenwahrnehmung durch eine begrenzte Anzahl von Gemeinden auf Antrag als zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen) unter Kostenübernahme des Bundes; Einfügung Art. 91e Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.6.2010, 49. Sitzung: Zusammenführung mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drs. 17/1939)
GG-Art.:	Art. 98a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 98a)
Initiative:	Eingebracht vom Bundesrat (BR-Drs. 48/10, Drs. 17/1210)
Inhalt:	Reform des Gerichtsvollzieherwesens zur Effektivierung der Zwangsvollstreckung: Schaffung einer eindeutigen verfassungsrechtlichen Grundlage zur Übertragung von Aufgaben der beamteten Gerichtsvollzieher auf Beliehene; Einfügung Art. 98a Grundgesetz.
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten.
GG-Art.:	Art. 98a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 98a)
Initiative:	Eingebracht vom Bundesrat (BR-Drs. 44/10, Drs. 17/1468)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer Übertragung von Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare als justiznahe Amtsträger durch einen Ausnahmetatbestand zum Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG, Verbleib der rechtsprechenden Gewalt bei Richtern (Art. 92 GG); Einfügung Art. 98a Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 18.4.2013, 234. Sitzung: Ablehnung

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 14.4.